

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2003) : Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 240-264

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3080>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2003, Heft 3

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland

Von *Joachim Benner, Dóra Borbély, Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Joachim Scheide* und *Rainer Schmidt*

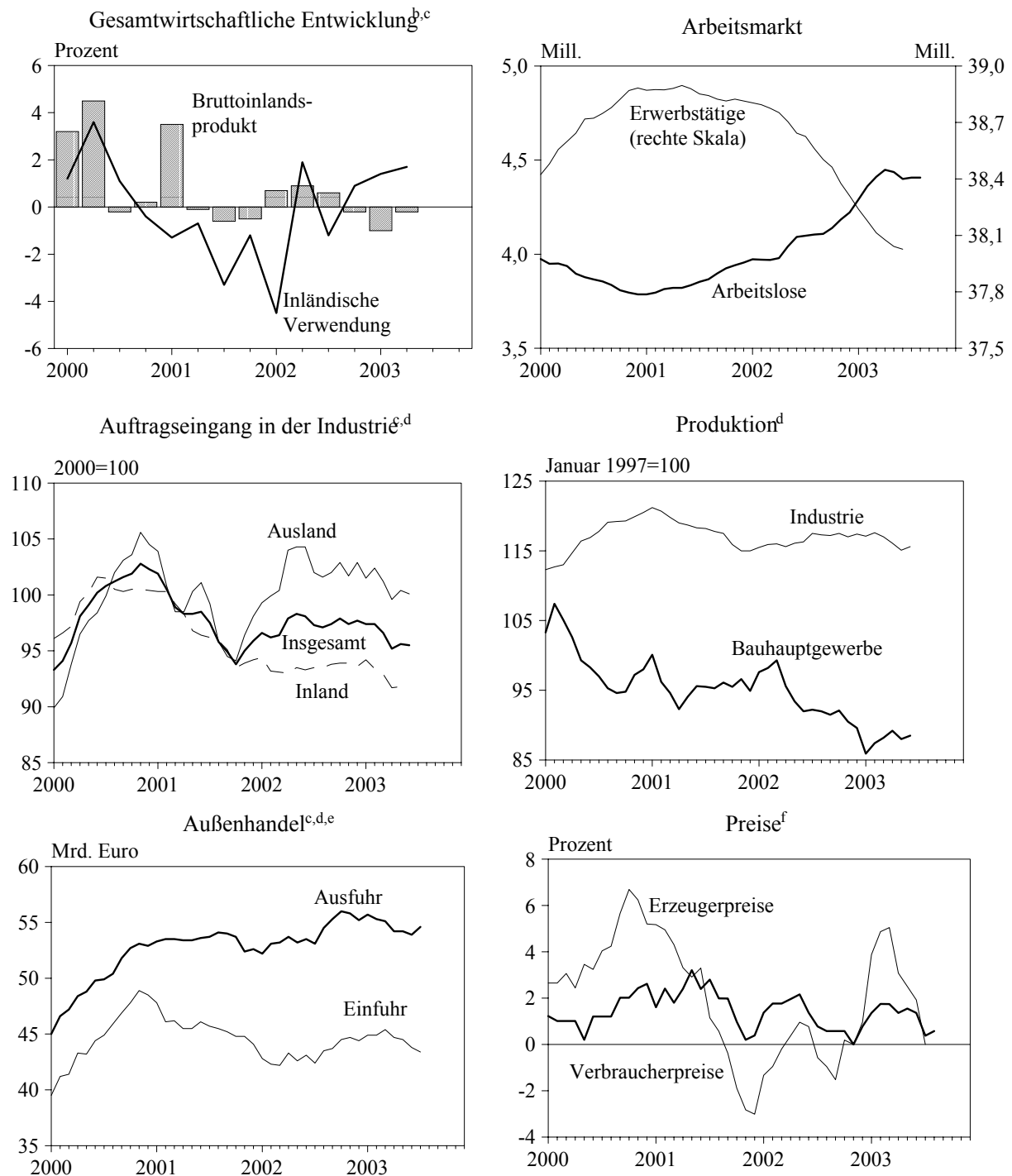
Die deutsche Wirtschaft hat sich bisher nicht aus der seit Herbst 2000 anhaltenden Stagnationsphase gelöst. Im Frühjahr ist die gesamtwirtschaftlichen Produktion sogar erneut geringfügig eingeschränkt worden. Das reale Bruttoinlandsprodukt ging im zweiten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 0,2 Prozent zurück, nachdem es bereits in den beiden Quartalen zuvor abgenommen hatte (Abbildung 1). Die Wirtschaft befand sich damit weiterhin in der Rezession. Diese ist freilich, nimmt man das Ausmaß der Unterauslastung der Produktionskapazitäten zum Maßstab, weniger gravierend als die Rezessionen der siebziger, achtziger und neunziger Jahre.

Maßgeblich für den jüngsten Produktionsrückgang war der Einbruch der Nachfrage aus dem Ausland. Die Exporte verringerten sich mit einer laufenden Jahresrate von fast 9 Prozent; dies ist die stärkste Abnahme seit 1998, als die Nachfrage aus Asien und Russland infolge der dortigen Währungskrisen einknickte. Für den Einbruch im vergangenen Quartal war die schwache Konjunktur im Euroraum wesentlich, wobei wohl auch die Unsicherheiten in Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt eine Rolle gespielt haben. Hinzu kam der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten außerhalb des Währungsraums durch die deutliche Aufwertung des Euro, die im Frühjahr 2002 eingesetzt hatte.

Hingegen nahm die Inlandsnachfrage weiter zu, obgleich sie ebenfalls noch durch die weltpolitischen Unsicherheiten beeinflusst worden sein dürfte. Wesentlich für den Anstieg war eine kräftige Ausweitung der Konsumausgaben des Staates. Bei den Anlageinvestitionen ergab sich nur ein leichtes Plus; die Ausrüstungsinvestitionen gingen sogar etwas zurück, nachdem sie im Winterhalbjahr erstmals seit 2000 wieder zugenommen hatten. Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumausgaben angesichts nur wenig steigender verfügbarer Einkommen und nach wie vor schlechter Aussichten für die Beschäftigung kaum aus.

Die deutsche Wirtschaft dürfte allerdings nunmehr die Talsohle durchschritten haben. Für das dritte Quartal deuten die Frühindikatoren auf eine leichte Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts hin. Die Auftragseingänge sind im Juni und im Juli gestiegen, und im verarbeitenden

Abbildung 1:

Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2000–2003

^aSaisonbereinigt. – ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^cReal. – ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Gewerbe hat sich die Produktion im Juli spürbar belebt. Zudem hat sich das Geschäftsklima seit Mai deutlich verbessert, wobei zuletzt nicht nur die Geschäftserwartungen anzogen, sondern auch die aktuelle Geschäftslage wieder etwas positiver beurteilt wurde. Auch zeichnet sich für die Vereinigten Staaten eine kräftige konjunkturelle Erholung ab, von der die deutsche Wirtschaft profitieren wird.

Im Zuge des Produktionsrückgangs sind im Frühjahr 2003 weiterhin Arbeitsplätze abgebaut worden, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuvor. Die Arbeitslosigkeit nahm bis ins zweite Quartal hinein weiter zu; seither hat sie sich auf einem Niveau von ca. 4,4 Mill. Personen stabilisiert, wofür allerdings primär Sondereffekte bei der statistischen Erfassung verantwortlich sind. Die Arbeitslosenquote betrug im August 10,6 Prozent.

Nachdem die Verbraucherpreise bis Juli stagniert hatten, zogen sie im August wieder leicht an. Maßgeblich dafür waren die steigenden Ölpreise und die Abwertung des Euro. Die anhaltende Trockenheit im Sommer hatte bislang keinen Einfluss auf die Lebenshaltungskosten. Die Verbraucherpreise ohne Energie sind seit März nahezu unverändert geblieben.

Günstigere monetäre Rahmenbedingungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen im Juni um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt seither 2,0 Prozent. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld lag Anfang September mit 2,2 Prozent nur wenig darüber und entsprach damit etwa dem Wert von vor drei Monaten. Angesichts einer Kerninflationsrate von knapp 1 Prozent liegen die kurzfristigen Realzinsen weiterhin unter ihrem neutralen Niveau, das etwa 2 Prozent betragen dürfte (Benner et al. 2003). Deutlich gestiegen sind die Kapitalmarktzinsen, vor allem aufgrund verbesserter weltweiter Konjunkturerwartungen und geringerer Deflationsbefürchtungen, möglicherweise aber auch in Erwartung höherer Budgetdefizite in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit verzinnten sich Anfang September mit 4,3 Prozent reichlich einen halben Prozentpunkt höher als im Juni. In realer Rechnung dürfte der Anstieg allerdings kaum nennenswert gewesen sein; die Break-Even-Inflationsrate französischer inflationsindexierter Anleihen (OATi), durch die sich die langfristigen Inflationserwartungen approximieren lassen, ist seit Juni um knapp einen halben Prozentpunkt gestiegen und lag Anfang September bei 1,7 Prozent; der Realzins hat sich somit kaum verändert. Er beträgt gegenwärtig knapp 3 Prozent.¹ Dies entspricht etwa seinem neutralen Niveau (Kasten 1).

¹ Auf diesen Wert kommt man, wenn man von der Break-Even-Inflationsrate französischer Anleihen 0,3 Prozentpunkte für den durchschnittlichen Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Inflationsrate seit 1995 abzieht und damit den nominalen Kapitalmarktzins bereinigt.

Kasten 1:

Wie hoch ist das konjunkturneutrale Niveau des realen Kapitalmarktzinses?

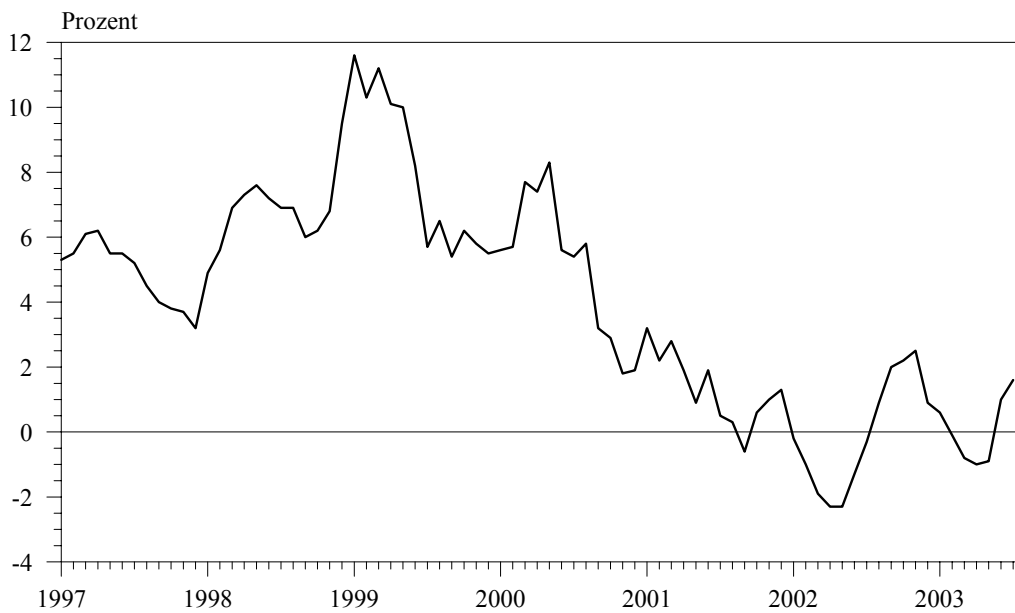
Will man beurteilen, ob ein bestimmtes Zinsniveau anregend oder dämpfend auf die Konjunktur wirkt, muss man eine Vorstellung vom konjunkturneutralen Niveau des Zinses haben. Für die Geldmarktzinsen lässt sich auf der Basis des Wachstums des Produktionspotentials sowie anderer Faktoren argumentieren, dass deren neutrales Niveau für Deutschland gegenwärtig bei etwa 2 Prozent liegt. Dieser Wert ist geringer als jener, den wir bisher für den neutralen Kurzfristzins unterstellt haben (Benner et al. 2003).

Für die realen Kapitalmarktzinsen haben wir das neutrale Niveau bislang anhand des langjährigen Durchschnitts geschätzt, das (wenn man die langfristigen Inflationserwartungen durch den laufenden Anstieg der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr annähert) weitgehend unabhängig von der zugrunde liegenden Beobachtungsperiode in der Nähe von 4 Prozent liegt. Bei einem neutralen Niveau von 2 Prozent für den kurzfristigen Realzins erscheint dieser Wert allerdings zu hoch, denn der Unterschied zwischen langfristigen und kurzfristigen Nominalzinsen, der sich theoretisch durch Liquiditäts- und Risikoprämien begründen lässt, lag im Durchschnitt über die vergangenen Jahrzehnte nur bei etwa 1 Prozent. Um dem Rechnung zu tragen, korrigieren wir unseren Schätzwert für den neutralen Kapitalmarktzins auf den theoretisch besser begründeten Wert von etwa 3 Prozent.

Bei alledem blieb die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor schwach. In realer Rechnung ging die Vergabe von mittel- und langfristigen Buchkrediten an Unternehmen und Selbstständige zu Jahresbeginn sogar zurück (Abbildung 2). Umfrageergebnisse deuten dabei darauf hin, dass die schwache Kreditentwicklung nicht nur auf eine geringe Kreditnachfrage zurückzuführen ist, sondern dass auch die Vergabe von Krediten von den Geschäftsbanken restriktiver gehandhabt wird (Deutsche Bundesbank 2003a). Ein Grund hierfür könnten neben dem konjunkturell bedingt höheren Insolvenzrisiko der Kreditnehmer auch die Kursverluste an den Aktienmärkten bis zum März des laufenden Jahres gewesen sein, die das Eigenkapital und damit die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken eingeschränkt haben. Mit dem zuletzt eingetretenen Kursanstieg an den Börsen dürfte dieser Aspekt nun aber zunehmend an Bedeutung verlieren. Seit dem Frühjahr gibt es denn auch erste Anzeichen für eine leichte Erholung bei den Krediten.

Kaum relevant für die Schwäche der Kreditausweitung ist die Zinspolitik der Geschäftsbanken. Die Sorge, diese könnten Leitzinsänderungen der EZB nicht in ihren Kreditzinsen weitergeben, scheint weitgehend unbegründet. Abbildung 3 zeigt, wie sich die Zinsen für langfristige Kredite an Unternehmen und Selbstständige, für Hypotheken und für Konsumentenkredite sowie der Dreimonatsgeldmarktsatz und die Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen seit Anfang 2000 entwickelt haben. Tatsächlich spiegelt sich die Senkung der Geldmarktzinsen infolge der seit Ende 2000 vorgenommenen Leitzinssenkungen durch die EZB nicht in vollem Umfang in den Kreditzinsen wider. Für die Banken ist bei der Kreditvergabe allerdings der Kapitalmarktzins der maßgebliche Zinssatz, da er den Refinanzierungszins der

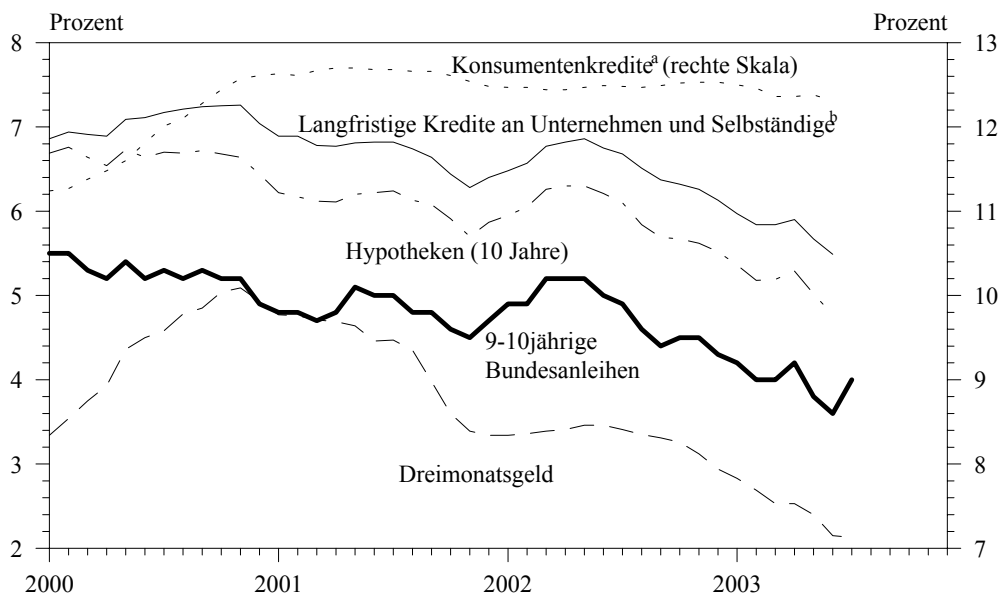
Abbildung 2:
Reale Kredite an Unternehmen und Privatpersonen^a 1997–2003



^aNominale Kredite an Unternehmen und Privatpersonen deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet. Statistisch bedingte Veränderungen sind ausgeschaltet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 3:
Entwicklung ausgewählter Zinsen in Deutschland



^aRatenkredite mit einer Laufzeit von 36 bis 60 Monaten einschließlich, Durchschnitt. – ^bVon 100 000 bis 500 000 Euro, Effektivzins, Durchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Banken (z.B. jenen für längerfristige Bankanleihen) bestimmt. Dessen Bewegungen vollziehen der Hypothekarzinsatz nahezu vollständig und der Kreditzins mit kleineren Abweichungen nach. Verhältnismäßig wenig auf Veränderungen bei den Kapitalmarktzinsen reagieren allerdings die Zinsen für Konsumentenkredite. Dies ist allerdings kein neues Phänomen, sondern ist schon seit langer Zeit beobachtbar; die Transmission geldpolitischer Impulse dürfte dadurch gegenwärtig nicht stärker beeinträchtigt werden als in vergangenen Konjunkturzyklen.

Deutlich günstiger stellen sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen zurzeit durch die Erholung am Aktienmarkt dar. Seit seinem Tiefpunkt im März ist der DAX bis Anfang September um etwa 60 Prozent gestiegen. Zwar hat in diesem Jahr bisher noch kein Unternehmen in Deutschland den Weg der Aktienemission zur Kapitalbeschaffung gewählt. Das Umfeld für diese Art der Unternehmensfinanzierung hat sich aber deutlich verbessert. Zudem nutzen die Unternehmen die steigenden Börsenkurse vermehrt über das Instrument der Wandelanleihe zur Finanzierung. Außerdem dürfte der Anstieg der Börsenkurse die Rahmenbedingungen für die Kreditfinanzierung positiv beeinflussen.

Verbessert haben sich die monetären Rahmenbedingungen darüber hinaus durch die Abwertung des Euro, zu der es insbesondere gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen seit Ende Juni gekommen ist. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure dürfte seither um etwa 1 Prozent gestiegen sein, nachdem sie zuvor mehr als ein Jahr lang (um insgesamt 7 Prozent) abgenommen hatte. Alles in allem stellen sich die monetären Rahmenbedingungen gegenwärtig günstiger dar als noch vor drei Monaten.

Im Prognosezeitraum wird die EZB die Zinsen auf dem gegenwärtigen Niveau belassen (Carstensen et al. 2003). Infolge der wieder ein wenig anziehenden Inflation werden die kurzfristigen Realzinsen im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums leicht sinken. Die Kapitalmarktzinsen dürften mit der weltweiten konjunkturellen Erholung weiter anziehen (Tabelle 1), doch wird der Anstieg der langfristigen Realzinsen durch die leichte Beschleunigung der Inflation gedämpft. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,10 unterstellt, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verändert sich nicht. Insgesamt werden die Anregungen von monetärer Seite im Prognosezeitraum etwa auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben.

Tabelle 1:

Rahmendaten der Konjunkturprognose 2003 und 2004

	2003				2004			
	1. Q.	2. Q. ^a	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,9	2,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,9	4,0	4,1	4,2	4,3	4,4	4,5	4,7
Tariflohnindex ^{c,d}	3,0	1,8	2,5	1,8	2,2	2,2	1,7	1,8
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,07	1,14	1,12	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	96,2	97,2	96,9	96,7	96,7	96,7	96,7	96,7
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	2,5	0,0	2,9	3,0	3,6	4,3	4,0	4,2
Rohölpreis ^h	31,5	26,1	28,8	27,5	26,5	25,0	26,0	25,5

^aTeilweise geschätzt. – ^bPrognose. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). – ^dAuf Stundenbasis. – ^eGegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). – ^gIn 30 Ländern: davon 18 Industrieländer, acht Beitrittskandidaten zur EU sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. – ^hUS-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Stabilitätspakt ade – Finanzpolitik weitet das strukturelle Budgetdefizit aus

Die Finanzpolitik hat Ende des Jahres 2002 in der Absicht, das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2003 zu reduzieren, verschiedene Maßnahmen beschlossen. Einige Verbrauchsteuern sowie die Sozialversicherungsbeiträge wurden deutlich angehoben; die Abgabenbelastung (Steuer- und Beitragsaufkommen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wird daraufhin im Jahr 2003 wohl um 0,5 Prozentpunkte steigen. Einsparmaßnahmen betreffen insbesondere die traditionellen Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit und die Leistungen im Gesundheitswesen. Die Sparbeschlüsse haben sich zwar nur teilweise als wirksam erwiesen, die gesamten Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2003 konjunkturbereinigt gleichwohl etwas langsamer als das (nominale) Produktionspotential steigen. Das strukturelle Budgetdefizit wird um reichlich 0,5 Prozentpunkte sinken. Das von Konjunktoreinflüssen nicht bereinigte Defizit wird dagegen etwas zunehmen und abermals deutlich über der 3-Prozent-Marke liegen.

Für das Jahr 2004 zeichnet sich ein Kurswechsel der Finanzpolitik ab. Zu Beginn des Jahres werden im Rahmen der zweiten Stufe der Steuerreform die Einkommensteuersätze reduziert; die Belastung durch die Einkommensteuer nimmt dadurch in einem Ausmaß ab, das (auf Jahresbasis) einem Betrag von 3 Mrd. Euro entspricht. Wahrscheinlich wird darüber hinaus die

dritte Stufe der Steuerreform, die eigentlich zum Jahresbeginn 2005 in Kraft treten sollte, realisiert; sie entlastet die Einkommensteuerzahler um 16 Mrd. Euro. Die Tabaksteuer wird dagegen um reichlich 1 Mrd. Euro erhöht. Die Steuerbelastung insgesamt wird im Jahr 2004 deutlich sinken.^{2,3}

Der Anstieg der konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates wird im Jahr 2004 mit 0,6 Prozent etwas geringer als im Jahr 2003 ausfallen. Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe werden voraussichtlich zur Jahresmitte 2004 umgestaltet mit der Folge, dass in geringem Maße Mittel eingespart werden; demgegenüber wird die Verkürzung der Zeiträume, für die maximal Arbeitslosengeld bezogen werden kann, erst in den Jahren nach 2004 die Bundesanstalt für Arbeit bzw. den Bund entlasten. Einzelne Finanzhilfen des Bundes und der Länder werden vermutlich gekürzt (Eigenheimzulage, Wohnungsbauprämie, Vergünstigungen für die Landwirtschaft), andere (vor allem die für den Steinkohlenbergbau) nehmen aufgrund früherer Beschlüsse ab; wir veranschlagen das Einsparvolumen auf insgesamt 3 Mrd. Euro. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Jahr 2004 nur wenig erhöht; zwar werden die Tariflöhne und die Beamtgehälter angehoben, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld aber reduziert.

Der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2004 vermutlich etwas sinken (2003: 14,3 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts). Infolge der Absprachen zwischen der Bundesregierung und der Opposition ist erstens mit Ausgabenkürzungen (wie z.B. der Abschaffung des Sterbegeldes) und mit einer erhöhten Selbstbeteiligung der Versicherten an den Arzneimittelausgaben, an den Ausgaben für Arztleistungen (Praxisgebühr) und an den Kosten einer Krankenhausbehandlung zu rechnen. Zweitens werden Versorgungsbezüge und Alterseinkünfte aus selbständiger Arbeit verschärft belastet. Drittens wird der Bund einen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung leisten, um so genannte versicherungsfremde Leistungen (wie z.B. das Mutterschaftsgeld) zu finanzieren (Tabelle 2). Der Beitragssatz in der Rentenversicherung dürfte zum Jahresbeginn 2004 abermals steigen. Die Zunahme wird wahrscheinlich dadurch auf 0,3 Prozentpunkte begrenzt werden, dass die Altersrenten im Juli 2004 nicht erhöht werden – gemäß der Rentenformel müssten sie um knapp 1 Prozent angehoben werden.

² Im Jahr 2004 soll eine so genannte Steueramnestie in Kraft treten; steuerunehrliche Bürger sollen vom 1. Januar 2004 an bis zum 31. März 2005 die Möglichkeit haben, straf- und bußgeldfrei hinterzogenes Einkommen zu deklarieren, allerdings um den Preis einer Abgabe von 25 Prozent. Kommt es zu der Amnestie-Regelung, so ist mit geringfügigen Mehreinnahmen zu rechnen.

³ Die Bundesregierung plant eine Reform des Gemeindesteuersystems. Wahrscheinlich wird aber im Jahr 2004, im Vorgriff auf eine Reform, nur das Steueraufkommen zugunsten der Gemeinden umverteilt.

Tabelle 2:

Finanzielle Auswirkungen der erwarteten Reform des Gesundheitswesens im Jahr 2004 (Mill. Euro)

Wegfall des Sterbegeldes, des Entbindungsgeldes etc.	400
Wegfall der Erstattung der Kosten für Taxifahrten bei ambulanter Behandlung, der Kosten für Sehhilfen und der Kosten für rezeptfreie Arzneimittel	1 200
Erhöhte Zuzahlung der Versicherten beim Kauf von Arzneimitteln, bei Krankenhausbehandlung und bei Inanspruchnahme von Arztleistungen	2 500
Pauschale Kürzung der Arzneimittelpreise und sonstige Maßnahmen	500
Belastung der Versorgungsbezüge und der Alterseinkünfte aus selbständiger Arbeit durch den Krankenkassenbeitrag	1 600
Erhöhung der Tabaksteuer ^a	1 000

Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt	7 200
in Beitragssatzpunkten	0,7

^aDie Mehreinnahmen des Bundes werden der gesetzlichen Krankenversicherung zugewiesen.

Quelle: Eigene Schätzung.

Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2004 zunehmen. Die Schulden des Staates werden, auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, kräftig steigen. Die Referenzwerte gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt werden wieder deutlich überschritten. Die Finanzpolitik wird damit gegen ihre wiederholt bekräftigten Absichtserklärungen verstoßen⁴ und damit weiter an Glaubwürdigkeit verlieren (vgl. hierzu Carstensen et al. 2003).

Exporte haben Talsohle durchschritten

Die kräftige Euroaufwertung und die schwache Weltkonjunktur führten im zweiten Quartal zu einem Einbruch der Ausfuhren. Die Exporte sanken mit einer laufenden Jahresrate von 8,7 Prozent. Die Warenausfuhren in die EU-Länder gingen zurück, da dort die Nachfrage von der schwachen Wirtschaftsaktivität gedämpft wurde; gleichzeitig nahmen die Exporte in die Vereinigten Staaten aufgrund der starken Notierung des Euro ab. Entgegen stand dem drastischen Rückgang der Lieferungen in die Industrieländer die Zunahme der Ausfuhren in die sogenannten Reformländer (Mittel- und osteuropäische Reformländer, asiatische Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, China (ohne Hongkong) und Mongolei).

Die Warenausfuhren in die Reformländer entwickeln sich nun schon seit einiger Zeit besser als die in die Industrieländer. Dies hat in unserem Exportmodell (Benner et al. 2002), in dem

⁴ Noch im Juni 2002 war zugesagt worden, das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2004 auf „nahezu null“ zu senken.

bislang als Annäherung an die Wirtschaftsaktivität der Handelspartner Deutschlands die Industrieproduktion von 18 Industrieländern verwendet wurde, zu einer Unterschätzung der Exportdynamik geführt. Wir haben das Modell daher dahingehend modifiziert, dass es nun die Industrieproduktion von insgesamt 30 Ländern berücksichtigt. Zu den 18 Industrieländern kommen acht Beitrittskandidaten zur EU⁵ sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea hinzu. Die einzelnen Produktionsindizes gehen, gewichtet mit dem jeweiligen Anteil am deutschen Exporthandel, als Index der Industrieproduktion im Ausland in das Modell ein. Eine weitere Innovation besteht darin, dass wir nunmehr zeitvariable Gewichte für die einzelnen Länder verwenden; am aktuellen Rand und für die Prognose werden die jeweils zuletzt verfügbaren Gewichte beibehalten.

In den kommenden Monaten werden die Exporte weiterhin von den verzögerten Wirkungen der Euroaufwertung und der relativ schwachen Nachfrage aus dem europäischen Raum gedämpft. Dafür sprechen die in der Tendenz rückläufigen Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland und die Exporterwartungen, die sich noch nicht durchgreifend erholt haben. Im nächsten Jahr dürften die Auswirkungen der starken Euroaufwertung auslaufen; ein kräftigerer Exportzuwachs wird dann auch von einer Erholung der Wirtschaftstätigkeit bei den Handelspartnern getragen werden. Insgesamt werden die Exporte im kommenden Jahr um 3,9 Prozent zunehmen, nachdem sie in diesem Jahr in etwa stagnieren werden. Auch wenn die vergleichsweise schwache Entwicklung der Exporte zu Beginn des Prognosezeitraums das Tempo der konjunkturellen Erholung merklich dämpft, wird diese dadurch nicht verhindert (Kasten 2).

Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen waren im zweiten Quartal 2003 mit –4,4 Prozent (laufende Jahresrate) zum ersten Mal seit Anfang 2002 rückläufig. Dies beruht hauptsächlich auf der sehr schwachen Exportnachfrage, was sich unter anderem in einem Rückgang der Einfuhr von Vorleistungsgütern ausdrückte. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums werden die Importe mit anziehender Binnennachfrage und auflebender Exportkonjunktur wieder rascher zunehmen. Alles in allem dürften die Einfuhren im Jahr 2003 aufgrund ihres hohen Niveaus zu Jahresbeginn noch um 2,8 Prozent steigen, 2004 dann um 3,2 Prozent.

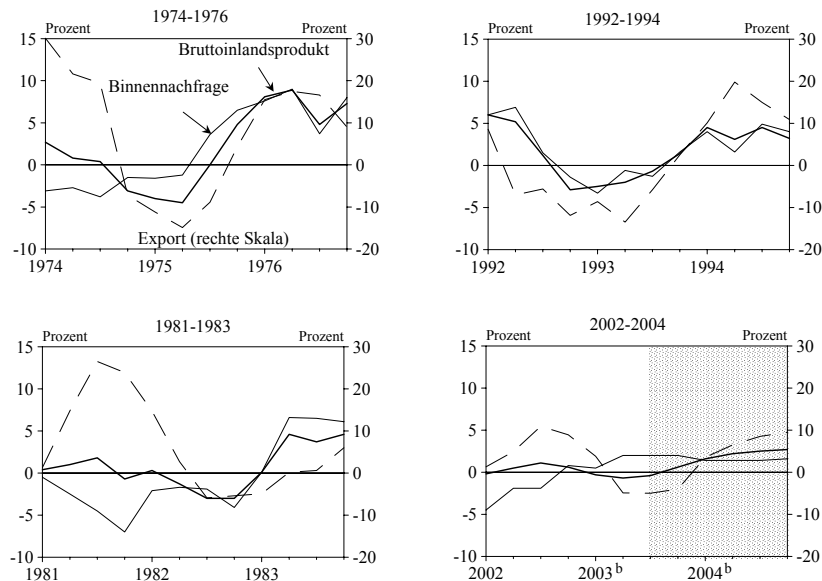
⁵ Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Lettland, Estland, Litauen.

Kasten 2:

Konjunkturlokomotive Export?

Ein Vergleich der Konjunkturverläufe nach den Rezessionen der siebziger, achtziger und neunziger Jahre zeigt, dass der Beginn eines Aufschwungs nicht notwendigerweise durch Impulse von der Auslandsnachfrage getragen werden muss (Abbildung).

Abbildung:
Vergleich der Erholungsphasen nach Rezessionen^a



^aSaison- und arbeitstäglich bereinigte Daten in Preisen von 1995. Veränderungen zum vorangegangenen Halbjahr auf Jahresrate hochgerechnet. – ^b Ab 2003 III–2004 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2003b); eigene Berechnungen und Prognosen.

Nach allen Rezessionen expandierte zu Beginn der Erholung die Binnennachfrage kräftig. Dies war nicht unbedingt eine Reaktion auf eine steigende Nachfrage aus dem Ausland; denn zumindest die Erholungsphasen nach den Rezessionen der siebziger Jahre und der achtziger Jahre setzten jeweils schon ein, als die Exporte noch rückläufig waren. In den frühen neunziger Jahren erholten sich Auslands- und Inlandsfrage gleich schnell.

Der Rückgang der Einfuhrpreise hat sich im ersten Halbjahr 2003 fortgesetzt. Dies ist vor allem auf die Euroaufwertung zurückzuführen. Gleichzeitig wurden die Preise aber auch von der schwachen Weltnachfrage gedrückt. Vor allem Nahrungs- und Futtermittel wurden billiger, während für nichtenergetische Rohstoffe etwa so viel zu zahlen war wie zuvor. Zuletzt zogen dann allerdings die Notierungen für Rohöl in der Grundtendenz wieder leicht an, und der Euro erholte sich etwas. Für den Prognosezeitraum rechnen wir jedoch damit, dass die Einfuhrpreise mit der Erholung der Weltkonjunktur moderat steigen werden. Der Deflator der Exporte ging im ersten Halbjahr ebenfalls, wenn auch nicht so stark wie der der Importe, zurück. Den Exporteuren blieben vor dem Hintergrund der Euroaufwertung keine Spielräume

zur Preisüberwälzungen. Die Terms-of-Trade-Verbesserung hielt dementsprechend an, wird aber im Prognosezeitraum langsam auslaufen.

Investitionen gewinnen nur langsam an Schwung

Das Investitionsklima scheint sich aufgrund der anhaltenden Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die konjunkturelle Entwicklung noch nicht nachhaltig verbessert zu haben. Zwar wurden die Unternehmensinvestitionen im Winterhalbjahr leicht ausgeweitet, doch schwächte sich die Dynamik im zweiten Quartal 2003 wieder ab. Hiervon waren insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen betroffen.

Zwar hat sich das Geschäftsklima bis zuletzt verbessert, aber aufgrund des anhaltenden Rückgangs der Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten erwarten wir, dass sich die Investitionstätigkeit im weiteren Jahresverlauf 2003 nicht merklich beleben wird. Im kommenden Jahr dürften die Unternehmensinvestitionen im Zuge der sich aufhellenden Absatzperspektiven allmählich an Schwung gewinnen, zumal niedrige Zinsen und steigende Aktienkurse die Kapitalkosten der Unternehmen gering halten. Positiv schlägt auch zu Buche, dass die Lohnstückkosten sinken. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2003 annähernd stagnieren, während sie im Jahr 2004 um 3,6 Prozent steigen dürften (Tabelle 3).

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2001–2004 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2001	2002	2003 ^a	2004 ^a
Anlageinvestitionen	-4,2	-6,7	-1,8	2,5
Unternehmensinvestitionen	-3,2	-7,3	-0,1	3,6
Ausrüstungen	-4,9	-9,1	0,6	4,1
Sonstige Anlagen	5,6	1,6	1,8	5,9
Wirtschaftsbau	-2,3	-6,5	-2,7	1,2
Wohnungsbau	-6,2	-5,8	-2,9	1,0
Öffentlicher Bau	-4,0	-4,7	-11,0	-0,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauten insgesamt	-4,8	-5,8	-3,9	0,9
^a Prognose.				

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Wohnungsbauinvestitionen konnten sich im Verlauf des ersten Halbjahres 2003 leicht von ihrem – teils witterungsbedingten – Einbruch zu Jahresbeginn erholen. Die negative Grundtendenz wurde nicht zuletzt durch Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Kürzung der Eigenheimzulage überlagert. Der merkliche Anstieg der Baugenehmigungen lässt darauf schließen, dass die Vorzieheffekte auch im weiteren Jahresverlauf 2003 die Wohnungsbauinvestitionen stützen dürften. Zusätzliche Impulse gehen von dem „Wohnraummodernisierungsprogramm 2003“ aus, das günstige Kredite für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der KfW-Bankengruppe vorsieht. Hierdurch dürften Bauinvestitionen in dieses und zum geringen Teil auch ins nächste Jahr vorgezogen werden. Die negative Grundtendenz bleibt aber weiterhin bestehen. Aufgrund der erheblichen Überkapazitäten und der weiterhin unsicheren Arbeitsplatzperspektiven ist im kommenden Jahr keine Belebung der Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2003 mit einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen von 2,9 Prozent. Im Jahr 2004 werden sie nur aufgrund des hohen Arbeitslageeffekts steigen; im Jahresdurchschnitt dürften sie um 1 Prozent zulegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen nahmen in der ersten Jahreshälfte 2003 stark ab. Aufgrund der angespannten Haushaltslage insbesondere bei den Kommunen dürften sie im Verlauf dieses Jahres weiter eingeschränkt werden. Wir erwarten für das Jahr 2003 einen Rückgang von 11 Prozent. Im kommenden Jahr dürften die finanziellen Spielräume des Staates zwar eng bleiben, die Kommunen werden aber durch die Gemeindefinanzreform entlastet werden. Insgesamt rechnen wir daher mit einer Stagnation bei den öffentlichen Bauinvestitionen.

Konsumklima hellt sich allmählich auf

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind im zweiten Quartal 2003 nur noch um 0,1 Prozent (laufende Jahresrate) ausgeweitet worden, nachdem sie im ersten Quartal um 2,1 Prozent gestiegen waren. Die Indikatoren lassen allerdings darauf schließen, dass die Expansion des privaten Konsums nun wieder an Fahrt gewinnt. Seit den Sommermonaten hellt sich die Stimmung bei den Verbrauchern etwas auf. So werden die wirtschaftlichen Aussichten positiver beurteilt als in der ersten Jahreshälfte. Hierbei spielt möglicherweise auch die für nächstes Jahr geplante Steuerreform eine Rolle. Anregend wirken zudem die durch den Aufwärtstrend der Aktienkurse etwas verbesserte Vermögenssituation sowie der geringe Preisauftrieb. Weiterhin gedämpft wird die Konsumfreude allerdings durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird der private Verbrauch sein Vorjahresniveau um 0,8 Prozent übertreffen.

Zu Jahresbeginn 2004 dürften die Nettoeinkommen infolge der Steuerreform deutlich steigen. Vonseiten der Sozialversicherung gibt es jedoch keine Entlastung: Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge wird durch die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge ausgeglichen. Bei einer Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter von 1,0 Prozent werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt um 3,3 Prozent zunehmen, real um 2,1 Prozent.⁶ Ein entsprechender Anstieg der privaten Konsumausgaben ist jedoch unwahrscheinlich, da viele Haushalte nicht mit einer langfristigen Besserung ihrer Einkommenssituation rechnen (Kasten 3). Hinzu kommt die immer noch ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich zum Jahresende hin nur wenig aufhellen wird. Die erwartete Gesundheitsreform wird zu Jahresbeginn mit einer Umschichtung von öffentlichem in privaten Konsum verbunden sein, da steigende private Zuzahlungen bei Medikamenten sowie Arztbesuchen und Krankenhausaufenthalten die privaten Konsumausgaben erhöhen und den staatlichen Konsum senken. Insgesamt erwarten wir für die zweite Jahreshälfte eine leichte Abflachung der Expansionsdynamik des privaten Konsums. Im Jahresdurchschnitt werden die privaten Konsumausgaben um 1,5 Prozent steigen. In Erwartung zukünftiger Belastungen dürfte sich die Sparquote um 0,4 Prozentpunkte auf 10,8 Prozent erhöhen.

Kasten 3:

Zu den Effekten der Steuersenkung im Jahr 2004

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Einkommensteuersätze im Jahr 2004 über das ohnehin vorgehene Maß hinaus zu senken; die Steuersätze, die nach der herrschenden Gesetzeslage am 1. Januar 2005 wirksam werden, sollen bereits ab dem 1. Januar 2004 gelten. Der Bundesrat wird diesem Plan wahrscheinlich nach ausgiebigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zustimmen. Im Folgenden wird diskutiert, wie die erwartete Steuersenkung die Konsumausgaben der privaten Haushalte beeinflussen könnte; es wird versucht, Anhaltspunkte für die Wirkung anhand der Erfahrungen mit der Steuersenkung zu Beginn des Jahres 2001 zu gewinnen.

Die finanzpolitische Ausgangssituation Anfang des Jahres 2004 unterscheidet sich von der zum Jahresbeginn 2001 insbesondere in folgender Hinsicht:

1. Die Reduktion des Einkommensteueraufkommens zu Beginn des Jahres 2004 beläuft sich nach Schätzung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) auf reichlich 22 Mrd. Euro;^a ohne das „Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform“ würden die Steuerzahler um 6,5 Mrd. Euro entlastet. Im Jahr 2001 belief sich die Steuersenkung auf 14,5 Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden die Mineralölsteuer und die Stromsteuer um rund 2 Mrd. Euro erhöht (Boss et al. 2001). Dem entspricht in etwa die Anhebung der Tabaksteuer im Jahr 2004.
2. Die gesamte Belastung durch die Beiträge zur Sozialversicherung wird sich zu Beginn des Jahres 2004 wohl nicht ändern. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte zwar etwas sinken, der in der gesetzlichen Rentenversicherung aber in gleichem Maße steigen. Zu Jahresbeginn 2001 war der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte reduziert worden; dies entspricht einem Volumen von 1,6 Mrd. Euro. Die Belastung durch die Beiträge an die übrigen Zweige der Sozialversicherung hatte sich damals nicht verändert.

⁶ Hierbei wurde die Erhöhung der Tabaksteuer berücksichtigt.

3. Einzelne Transfers des Staates an private Haushalte werden im Jahr 2004 gesenkt (Sterbegeld etc.); die Altersrenten werden vermutlich nicht angehoben. Andere Leistungen bzw. Steuervergünstigungen (z.B. die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale) werden nach unserer Einschätzung im Jahr 2004 gekürzt, allerdings weniger deutlich als von der Bundesregierung angestrebt. Insgesamt handelt es sich um Kürzungen in einem Ausmaß von 2 Mrd. Euro. Im Jahr 2001 hatten sich die Transfers nicht nennenswert verändert.

Insgesamt werden die privaten Haushalte im Jahre 2004 durch finanzpolitische Maßnahmen in einem Ausmaß (20 Mrd. Euro) entlastet, das größer ist als das im Jahr 2001 (16 Mrd. Euro). Insoweit könnten die Konsumausgaben stärker als damals expandieren. Die Zunahme belief sich in laufender Rechnung auf 5,7 Prozent im ersten Quartal 2001 und 4,2 Prozent im zweiten Quartal 2001. Im gesamten Jahr 2001 stiegen die nominalen Konsumausgaben um 3 Prozent und damit etwas langsamer als im Jahr 2000.^b

Die Situation zum Jahresbeginn 2004 wird sich aber, was die Erwartungen der Konsumenten betrifft, deutlich von der Anfang des Jahres 2001 unterscheiden. Damals hatten die Konsumenten annehmen dürfen, dass die im Sommer 2000 für die Jahre 2001, 2003 und 2005 beschlossenen Steuersenkungen auf mittlere Sicht mit reduzierten Ausgaben des Staates einhergehen werden. Zwar gab es keine Beschlüsse zu konkreten Kürzungen, aber das Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 beinhaltete einen deutlichen Rückgang der Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BMF 2000); auch war kurz zuvor (Anfang 2000) ein Sparpaket in Kraft getreten (Boss et al. 1999). Mittlerweile hat sich erwiesen, dass nicht nur die Ziele des Stabilitätsprogramms 2000, sondern auch die der Programme 2001 und 2002 verfehlt wurden.^c Zudem wurden bei relativ geringen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch unvorhersehbare Ereignisse (11. September 2001, Hochwasser 2003) die Steuern (Tabaksteuer, Versicherungssteuer, Körperschaftsteuer) erhöht. Vermutlich rechnen die Konsumenten damit, dass die anstehende Steuersenkung im Wesentlichen durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert wird und nicht dauerhaft ist, weil diese letztlich die Politik dazu veranlassen wird, die Steuern abermals anzuheben – beispielsweise dadurch, dass Steuervergünstigungen abgeschafft werden. Wir erwarten deshalb einen nur geringen Einfluss der vorgezogenen Steuersenkung auf den Konsum.^d

Für Zurückhaltung der Konsumenten (und Investoren) spricht auch, dass im Jahr 2004 der Bundeshaushalt und viele Länderhaushalte den Vorgaben des Grundgesetzes und des Haushaltsgrundsatzgesetzes nicht genügen werden, weil die Nettokreditaufnahme die investiven Ausgaben übersteigen wird. Als „Ausweg“ wird wohl eher mit Steuererhöhungen (beispielsweise einer Anhebung der Mehrwertsteuer) als mit Ausgabenkürzungen gerechnet, zumal viele Länder und der Bund ihre Ausgaben in den vergangenen Jahren stärker als angekündigt ausgeweitet haben.

Schließlich gibt es generell Anzeichen dafür, dass die Finanzpolitik an Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Zinsvorteil, den der Bund als Schuldner gegenüber anderen Staaten in der Währungsunion (z.B. Spanien) jahrelang genoss, ist gesunken oder gar verschwunden (Deutsche Bundesbank 2003b: 23). Die Bonität des Bundes und einzelner Länder steht bei Rating-Agenturen auf dem Prüfstand.

^aBei unverändertem Tarif käme es im Jahr 2004 allerdings zu einer „heimlichen“ Steuererhöhung um rund 3 Mrd. Euro. –

^bIn Preisen von 1995 sind die Veränderungsrate geringer; für das Jahr 2001 beträgt die Veränderungsrate 1,4 Prozent nach 2,0 Prozent im Jahr 2000. – ^cZu einer Beurteilung der Stabilitätsprogramme vgl. Boss und Scheide (2002). – ^dWerden tatsächlich Steuervergünstigungen im Ausmaß der Steuerentlastung, die aus der Steuersatzsenkung resultiert, reduziert, so resultieren bei niedrigeren Steuersätzen und verbreiterten Bemessungsgrundlagen Effizienzgewinne und damit mittelfristig eine raschere Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts. Mit einem stärkeren Impuls für das Wachstum wäre dann zu rechnen, wenn der Steuersenkung Einschnitte bei den konsumtiven Ausgaben des Staates (wie z.B. den Finanzhilfen) gegenüberstünden.

Nach wie vor nur geringer Preisanstieg

Das Verbraucherpreisniveau ist zuletzt wieder gestiegen, nachdem es zuvor über Monate weitgehend stabil geblieben war. Dies war maßgeblich auf das Anziehen der Ölpreise und die Abwertung des Euro zurückzuführen. Im August betrug die Teuerungsrate 1,2 Prozent (Vorjahresvergleich).

Im weiteren Verlauf dieses Jahres bleibt der Verbraucherpreisanstieg niedrig. Der unterstellte Rückgang des Ölpreises wird die Inflation dämpfen, und aufgrund der schwachen Konjunktur bleiben die Preisüberwälzungsspielräume der Produzenten gering. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerungsrate 1,1 Prozent betragen. Zu Beginn des kommenden Jahres wird die Tabaksteuer erhöht; dies dürfte zu einem leichten Schub bei den Lebenshaltungskosten führen. Im Verlauf des Jahres wird sich der Preisauftrieb geringfügig verstärken. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Effekte der Euroaufwertung auslaufen, andererseits darauf, dass sich die Preisüberwälzungsspielräume mit Verbesserung der Konjunktur erhöhen. Hinzu kommt vermutlich eine abermalige Anhebung der Tabaksteuer im späteren Jahresverlauf. Insgesamt bleibt der Preisauftrieb aber auch 2004 moderat. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Teuerungsrate von 1,2 Prozent.

Die Deflationsgefahr hat sich trotz der schwachen Konjunktur in den Sommermonaten verringert. Eine stochastische Simulation mit Hilfe eines Prognosemodells (Borbély und Meier 2003) zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit einer deflationären Entwicklung, die nicht auf den Rückgang des Ölpreises zurückzuführen ist, im Vergleich zum frühen Sommer deutlich gesunken ist. Ausschlaggebend hierfür sind die besseren Konjunkturperspektiven, die durch den Geschäftsklimaindex Eingang in das Modell finden, sowie der höhere Preisauftrieb am aktuellen Rand. So beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass es bis Ende 2004 zu einem mindestens zwei Quartale anhaltenden Rückgang des Preisniveaus um mehr als 1 Prozent kommt, lediglich 3 Prozent (Tabelle 4). Dieselbe Wahrscheinlichkeit betrug im Juni noch 10 Prozent. Eine Ausweitung des Prognosezeitraums des Modells auf das Jahr 2005 zeigt, dass ein Preisniveaurückgang im übernächsten Jahr nicht viel wahrscheinlicher ist als im Jahr 2004.

Tabelle 4:

Eintrittswahrscheinlichkeit einer deflationären Entwicklung unter der Annahme eines konstanten Ölpreises (Prozent) (Stand: Juni bzw. September 2003)

Preisniveauveränderung	Bis Ende 2004					
	< 0,0 Prozent		< -0,5 Prozent		< -1,0 Prozent	
	Juni	September	Juni	September	Juni	September
2 Quartale in Folge	29,8	7,2	12,9	2,0	5,3	0,4
3 Quartale in Folge	21,4	1,4	8,1	0,2	2,8	0,0

Quelle: Eigene Berechnungen.

Wende auf dem Arbeitsmarkt nicht vor dem Herbst 2004

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bis zum Sommer 2003 zwar weiter verschlechtert, das Tempo des Beschäftigungsabbaus verringerte sich aber deutlich. So betrug der Anstieg im zweiten Quartal 2003 knapp 30 000 Personen im Monatsdurchschnitt. Im Winterhalbjahr lag er hingegen noch bei 65 000 Personen, wobei allerdings das zeitweise ungewöhnlich kalte Winterwetter eine wichtige Rolle spielte. Viele Unternehmen dürften im zweiten Quartal vor dem Hintergrund der sich nach dem Ende des Irakkrieges nicht weiter eintrübenden konjunkturellen Perspektiven bestrebt gewesen sein, die Entlassungen zu reduzieren und vor allem ihre qualifizierten Kernbelegschaften zu halten. Ein deutliches Indiz hierfür ist der seit Mai zu beobachtende erneute Anstieg der Kurzarbeit. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wurde zudem dadurch gebremst, dass das im Rahmen der Hartz-Reform implementierte Existenzgründer-Programm („Ich-AG“) bis zuletzt einen großen Zuspruch erfuhr (März: 7 000, August: 51 000 Neugründungen).

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen ist von Mai bis August um 10 000 Personen je Monat gefallen (im Vergleich zu einem Anstieg von fast 60 000 Personen je Monat von Januar bis April). Daraus darf allerdings nicht auf eine entsprechende Verbesserung der Arbeitsmarktlage geschlossen werden. Die Abnahme ist auf verstärkte Anstrengungen der Bundesanstalt für Arbeit zur „Aktivierung“ von Arbeitslosen bzw. zur „Aktualisierung der Bewerberstatistik“ zurückzuführen, in deren Folge viele Arbeitslose aufgrund mangelnder Verfügbarkeit oder Mitwirkung an ihrer Vermittlung aus der Statistik gestrichen wurden. Diese durch das Job-AQTIV-Gesetz bzw. die Hartz-Vorschläge in die Arbeitslosenstatistik hineingetragenen Schwankungen beeinträchtigen die Aussagekraft der amtlichen Arbeitslosenstatistik stark. Daher ist es auch mit Blick auf die internationale Vergleichbarkeit zu begrüßen, dass, zusätzlich zur Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt, eine monatliche

Arbeitslosenstatistik auf der Basis von Telefonerhebungen durch das Statistische Bundesamt angeboten werden soll, die den Kriterien der ILO entspricht.

Die prekäre Arbeitsmarktlage hat die Tarifparteien in der Lohnrunde dieses Jahres zu einem moderaten Kurs veranlasst. Dies zeigte sich zuletzt bei den Abschlüssen im Groß- und Einzelhandel, für die sich für die gesamte Dauer der Verträge von zwei Jahren Tarifierhöhungen von deutlich weniger als 2 Prozent errechnen. Gleichzeitig hat das Scheitern des Streiks um die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands gezeigt, dass eine aggressive Tarifpolitik derzeit keine Realisierungschancen hat. Wir nehmen an, dass in diesem Jahr die tariflichen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft um 2,3 Prozent und 2004 um 2 Prozent steigen werden und dass die Tendenz zur Verringerung übertariflicher Leistungen in leicht abgeschwächter Form anhält. Die Lohnzusatzkosten, die zu Anfang dieses Jahres infolge der Anhebung der Beitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung kräftig gestiegen waren, dürften im Jahr 2004 kaum noch zunehmen. Hierbei ist unterstellt, dass eine abermalige Beitragserhöhung in der Rentenversicherung durch eine Beitragssatzsenkung in der Krankenversicherung in etwa kompensiert wird. Der für personalpolitische Entscheidungen ausschlaggebende Produzentenreallohn wird sich demnach in diesem Jahr um 0,7 Prozent und 2004 um 0,5 Prozent erhöhen.⁷

Die Abnahme der Erwerbstätigkeit wird sich noch bis Mitte 2004 fortsetzen. Der moderate Anstieg der Produktion kann in dieser Phase mit den bestehenden Kapazitätsreserven ohne weiteres bewältigt werden. Hierzu sind in erster Linie die aufgelaufene Unterdeckung der Arbeitszeitkonten, die Rücknahme der Kurzarbeit sowie in vielen Bereichen schon Überstunden zu rechnen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass insbesondere bei Banken und Versicherungen Restrukturierungsmaßnahmen erforderlich sind, die noch einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen und die mit beträchtlichen Personaleinsparungen verbunden sind. Erst zur Jahresmitte 2004 dürfte der Personalabbau in der Gesamtwirtschaft zum Stillstand kommen. Wir rechnen gegen Ende des Jahres im Zuge der konjunkturellen Festigung wieder mit moderaten Beschäftigungsgewinnen. Für den Verlauf dieses Jahres erwarten wir eine Abnahme der Erwerbstätigkeit um gut 500 000 Personen, die sich 2004 auf nur noch 35 000 Personen reduziert. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Beschäftigung in diesem Jahr um nahezu 600 000 Personen auf knapp 38,10 Mill. zurückgehen (Tabelle 5). Hieran schließt sich eine abermalige Abnahme um 190 000 auf 37,88 Mill. Personen im Jahr 2004 an.

⁷ Arbeitnehmerentgelt je geleistete Erwerbstätigenstunde dividiert durch den Deflator des Bruttoinlandsprodukts, für den für 2003 ein Anstieg um 1,0 Prozent und für 2004 um 0,8 Prozent erwartet wird.

Tabelle 5:

Arbeitsmarktbilanz 1998–2004^a

	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ^b	2004 ^b
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 642	34 132	34 747	34 834	34 581	33 947	33 735
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	115	119	86	123	207	211	203
Pendlersaldo	62	65	67	60	61	59	59
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 580	34 067	34 680	34 774	34 520	33 888	33 676
Selbständige ^c	3 974	3 939	4 001	4 077	4 090	4 124	4 146
Erwerbstätige (Inland)	37 616	38 071	38 748	38 911	38 671	38 071	37 881
Arbeitsangebot ^d	43 434	43 715	44 062	44 276	44 308	44 343	44 362
Stille Reserve ^d	1 539	1 545	1 425	1 513	1 577	1 867	1 965
Registrierte Arbeitslose	4 279	4 099	3 889	3 852	4 060	4 405	4 516
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept ^e	3 594	3 333	3 065	3 110	3 396	3 695	3 780
Arbeitslosenquote:							
Nach eigener Berechnung ^f	10,2	9,7	9,1	9,0	9,5	10,4	10,7
Nach Definition der BA ^g	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,7	11,0
Westdeutschland (ohne Westberlin)							
Erwerbstätige ^h	30 126	30 548	31 259	31 521	31 403	30 938	30 813
darunter: BSM ⁱ	60	67	60	53	43	29	20
Arbeitsangebot ^j	34 209	34 502	34 914	35 154	35 222	35 295	35 364
Stille Reserve ^j	1 332	1 351	1 275	1 313	1 322	1 582	1 670
Registrierte Arbeitslose	2 751	2 604	2 380	2 320	2 498	2 775	2 881
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	8,4	7,9	7,1	6,9	7,4	8,2	8,6
Nach Definition der BA ^g	9,2	8,6	7,6	7,2	7,6	8,4	8,8
Ostdeutschland (einschl. Berlin)							
Erwerbstätige ^h	7 490	7 523	7 489	7 390	7 268	7 133	7 068
darunter: BSM ⁱ	325	363	257	190	150	106	85
Arbeitsangebot ^j	9 225	9 213	9 148	9 122	9 086	9 048	8 998
Stille Reserve ^j	206	194	150	200	255	285	295
Registrierte Arbeitslose	1 529	1 495	1 508	1 532	1 563	1 630	1 635
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^k	17,0	16,6	16,8	17,2	17,7	18,6	18,8
Nach Definition der BA ^g	17,8	17,3	17,1	17,3	17,7	18,6	18,8

^a1 000 Personen. – ^bPrognose. – ^cEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^dEigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom Januar 2003. – ^eGemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – ^fRegistrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^gBundesanstalt für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – ^hArbeitsortkonzept. – ⁱBSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^jSchätzungen, die u.a. auf einer lediglich approximativen Ermittlung des Arbeitsangebots in Westberlin basieren. – ^kRegistrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1* (lfd. Jgg.); *Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder vom 30. Januar 2003; eigene Schätzungen und Prognosen.

Bei der Prognose ist zwar unterstellt, dass die Umsetzung der Hartz-Reformen weiter zügig vorangetrieben wird. Die bisherigen Erfahrungen lassen aber erwarten, dass auf dem Gebiet der Beschäftigungsförderung nur geringe Erfolge erzielt werden können. Letztere konnten bisher nur im Rahmen der Kampagne der Bundesanstalt für Arbeit zur „Aktivierung“ bzw. zur „Aktualisierung der Bewerberstatistik“ verbucht werden, die ausschließlich die Bereinigung der amtlichen Arbeitslosenstatistik zum Ziel hat (Kasten 4).

Kasten 4:

Zu den bisherigen Auswirkungen der Hartz-Reform

Für eine bessere Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt sollen im Hartz-Konzept die „Personal-Service-Agenturen“ (PSA) sorgen. Sie haben die in sie gesetzten Erwartungen bislang nicht erfüllt, obwohl sie auf dem Markt für Zeit- bzw. Leiharbeit über beträchtliche Wettbewerbsvorteile verfügen wie beispielsweise niedrigere Tariflöhne oder monatliche Zuschüsse für die von ihnen betreuten Arbeitslosen. Im August dieses Jahres sind erst 15 000 Arbeitslose von den PSA übernommen worden, bei einer Gesamtkapazität von mehr als 30 000 Plätzen. Der Vermittlungserfolg war laut Presseberichten marginal. Ursächlich hierfür sind neben der schlechten Arbeitsmarktlage vor allem Anlaufschwierigkeiten organisatorischer Art. Gegenwärtig sind offenbar die PSA vorrangig damit befasst, aus den ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesenen Arbeitslosen diejenigen auszuwählen, die für eine Vermittlung geeignet erscheinen.

Das Existenzgründerprogramm („Ich-AG“) ist zwar bislang nicht zuletzt aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage sehr gut angenommen worden. Es bleibt aber abzuwarten, wie hoch die „Überlebensrate“ dieser Unternehmen auf mittlere Sicht ist. Anders als beim traditionellen Überbrückungsgeld müssen die „Ich-AGs“ bei der Beantragung der Fördermittel kein tragfähiges Unternehmenskonzept vorlegen. So ist nicht auszuschließen, dass noch während des Prognosezeitraums viele der neu gegründeten „Ich-AGs“ wieder aus dem Markt ausscheiden.

Dem „Job-Floater“ („Kapital für Arbeit“, abgewickelt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau), der als einziges Programm auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ansetzt, war bislang nur ein sehr begrenzter Erfolg beschieden (gut 7 100 Stellen wurden auf diese Weise bislang geschaffen).

Nach der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (Erweiterung des Niedriglohnssektors) ab April dieses Jahres sind von der Bundesknappschaft in Cottbus als Erfassungsstelle zwar über 900 000 neue Beschäftigungsverhältnisse gemeldet worden. Diese Angaben werden aber von der Bundesanstalt für Arbeit insofern bezweifelt, als in den meisten Fällen nicht sicher ist, ob diese Jobs nicht schon vorher bestanden haben – sei es als nicht extra erfasster Nebenerwerb oder in Form von Schwarzarbeit. Eine Abschätzung des Nettoeffektes der neuen Minijobregelung ist so zurzeit noch nicht möglich.

Rechnet man Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte ein, die in allen vorgenannten Programmbereichen zu erwarten sind, so ist der Nettogewinn für die Beschäftigung wahrscheinlich eher gering. Wesentlich größere Effekte als im Fall der Erwerbstätigkeit werden allerdings bei der Verringerung der Zahl der registrierten Arbeitslosen erzielt werden, wobei neben der Hartz-Reform auch das Job-AQTIV-Gesetz noch eine wesentliche Rolle spielen wird. Diese Faktoren (Überprüfung der Arbeitslosen auf ihre Verfügbarkeit sowie auf ihre Bemühungen um einen Arbeitsplatz) haben nach wie vor eine große Bedeutung. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit seit Mai saisonbereinigt nicht mehr gestiegen ist, dürfte ausschließlich hierauf zurückzuführen sein.

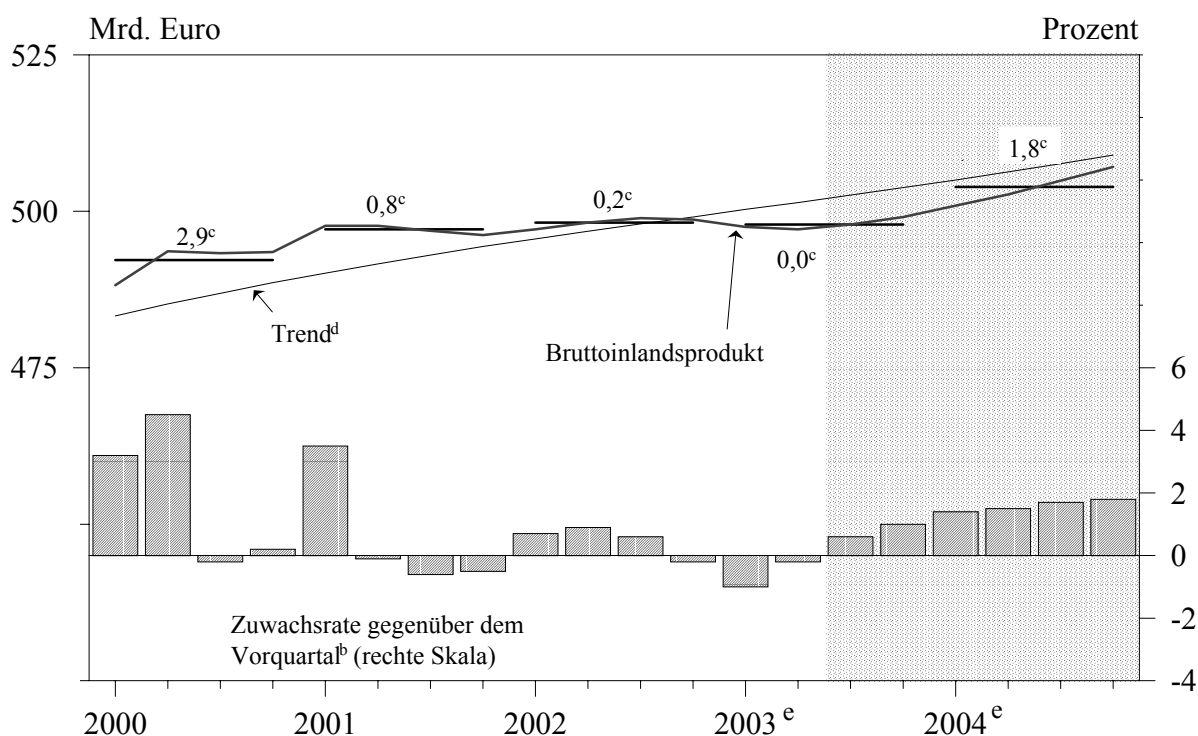
Bei der Prognose der registrierten Arbeitslosigkeit wird angenommen, dass diese Kampagne zwar noch bis über die Jahreswende hinaus anhält. Es ist aber damit zu rechnen, dass deren Nettoeffekt aufgrund zunehmender Rückmeldungen und eines sinkenden Potentials hierfür noch in Frage kommender Arbeitsloser (vorrangig Nichtleistungsempfänger) stark zurückge-

hen wird. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird demnach im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder etwas steigen. Mit reichlich 300 000 Personen bleibt ihre Zunahme trotz eines abermals leicht wachsenden Arbeitsangebots noch um rund 200 000 Personen hinter dem Rückgang der Beschäftigung zurück. Entsprechend erhöht sich der Zustrom in die Stille Reserve, was neben der konjunkturellen Lage auch auf die „Aktivierung“ von Arbeitslosen zurückzuführen ist. Im Jahresdurchschnitt 2003 steigt die registrierte Arbeitslosigkeit um 345 000 Personen auf 4,405 Mill. Personen. Im Sommer 2004 kommt der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit zum Stillstand. Saisonbereinigt kulminiert diese mit 4,530 Mill. Personen im dritten und vierten Quartal 2004. Im vierten Quartal 2004 wird es dann erstmals seit Anfang 2001 wieder zu einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit kommen, der jedoch deutlich geringer ausfällt als der Anstieg der Beschäftigung, weil erfahrungsgemäß zunächst ein erheblicher Teil der neuen Arbeitsplätze von Personen aus der stillen Reserve besetzt werden wird. Mit gut 4,5 Mill. Personen wird die registrierte Arbeitslosigkeit 2004 abermals das Vorjahresniveau übertreffen.

Ausblick: Konjunktur bessert sich – Wachstumskräfte bleiben schwach

Im Prognosezeitraum wird sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion allmählich verstärken (Abbildung 4). Maßgeblich für die konjunkturelle Erholung sind die Belegung der Weltkonjunktur und die niedrigen Zinsen. Hinzu kommt, dass die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt sich nunmehr deutlich verringert hat. Auch die Erholung an den Aktienbörsen wirkt beruhigend. Der Crash scheint überstanden, Vermögensverluste sind weniger wahrscheinlich als noch vor einem halben Jahr; außerdem sind die Börsen für die Unternehmen wieder als Finanzierungsquelle attraktiv. Zu all dem addieren sich die Effekte der Senkung der Einkommensteuer, die insbesondere zu Beginn des kommenden Jahres die gesamtwirtschaftliche Nachfrage etwas stimulieren wird. Während die Effekte von dieser Seite im weiteren Jahresverlauf abklingen, werden dann zunehmend von der Auslandsnachfrage wieder Impulse für die Konjunktur kommen. Verglichen mit den Aufschwüngen der Jahre 1993/94 und 1999/2000 wird der Produktionsanstieg allerdings moderat ausfallen. Alles in allem erwarten wir für den Durchschnitt des laufenden Jahres eine Stagnation des realen Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 6). Im Jahr 2004 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl um 1,8 Prozent ausgeweitet. Davon gehen freilich 0,6 Prozent auf die deutlich höhere Anzahl an Arbeitstagen, insbesondere im Dezember kommenden Jahres zurück.

Abbildung 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland 2000–2004



^aArbeitstaglich- und saisonbereinigt. – ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. – ^cVeranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick–Prescott-Filters. – ^eAb 2003 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Unabhängig von den konjunkturellen Perspektiven steht die Wirtschaftspolitik gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Die Kranken- und die Rentenversicherung sind zu reformieren, damit die Belastungen für die Beitragszahler trotz der zu erwartenden demographischen Entwicklung tragbar bleiben. Am Arbeitsmarkt muss, auch durch Veränderungen des institutionellen Rahmenwerks, sichergestellt sein, dass die Reallohnhebungen auf Dauer hinter der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität zurückbleiben, damit die Arbeitsnachfrage steigt; gleichzeitig sind die Anreize zur Aufnahme einer Arbeit durch eine niedrigere Belastung mit Steuern und Abgaben und eine Begrenzung der Lohnersatzleistungen zu erhöhen. Zudem sollte die Finanzpolitik einen berechenbaren Kurs der Haushaltskonsolidierung einhalten, auch damit die Belastung zukünftiger Generationen nicht noch weiter zunimmt. Bleiben die richtigen Weichenstellungen in den genannten Bereichen aus, dürfte sich das Wachstum des Produktionspotentials, das gegenwärtig nach den meisten Schätzungen bereits nur noch 1 bis 1,5 Prozent beträgt, weiter verlangsamen.

Tabelle 6:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2001–2004

	2002	2001	2002	2003 ^a	2004 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 989,7	0,8	0,2	0,0	1,8
Private Konsumausgaben	1 125,3	1,4	-1,0	0,8	1,5
Konsumausgaben des Staates	388,4	1,0	1,7	0,6	0,0
Anlageinvestitionen	396,9	-4,2	-6,7	-1,8	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	152,5	-4,9	-9,1	0,6	4,1
Bauinvestitionen	217,1	-4,8	-5,8	-3,9	0,9
Sonstige Anlagen	27,4	5,6	1,6	1,8	5,9
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-22,0	-24,7	-22,0	-9,7	-7,9
Ausfuhr	722,6	5,6	3,4	0,0	3,9
Einfuhr	621,5	0,9	-1,7	2,8	3,2
Außenbeitrag (Mrd. €)	101,1	66,8	101,1	83,5	91,7
Bruttonationaleinkommen	1 989,5	0,9	0,5	-0,1	1,8
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2110,4	2,2	1,8	0,9	2,7
Private Konsumausgaben	1236,5	3,0	0,3	1,7	2,6
Konsumausgaben des Staates	404,4	2,2	2,6	0,9	0,0
Anlageinvestitionen	392,0	-4,4	-6,8	-2,6	3,3
Ausrüstungsinvestitionen	151,9	-5,3	-9,3	-0,9	5,6
Bauinvestitionen	215,5	-4,7	-5,9	-4,0	1,1
Sonstige Anlagen	24,6	5,0	1,0	-0,5	7,1
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-13,2	-15,0	-13,2	1,3	-1,9
Ausfuhr	757,6	6,6	3,6	-0,1	5,2
Einfuhr	667,0	1,7	-3,4	1,3	3,7
Außenbeitrag (Mrd. €)	90,7	41,2	90,7	81,1	95,4
Bruttonationaleinkommen	2108,8	2,2	2,1	0,9	2,6
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,3	1,6	1,0	0,8
Private Konsumausgaben		1,6	1,3	0,9	1,1
Ausrüstungsinvestitionen		-0,4	-0,1	-1,5	1,5
Bauinvestitionen		0,1	0,0	-0,1	0,1
Sonstige Anlagen		-0,5	-0,6	-2,3	1,2
Ausfuhr		0,9	0,2	-0,1	1,2
Einfuhr		0,9	-1,7	-1,4	0,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1571,5	2,2	1,9	0,4	2,4
Arbeitnehmerentgelt	1130,5	2,0	0,8	0,1	0,9
in Prozent des Volkseinkommens		72,7	71,9	71,7	70,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	441,1	2,8	4,8	1,0	6,2
Lohnstückkosten, real ^b		0,0	-0,8	-0,5	-1,6
Produktivität ^c		1,4	1,3	1,5	2,2
Arbeitslose (1 000)		3 852	4 060	4 405	4 516
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,4	9,8	10,7	11,0
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 911	38 671	38 071	37 881
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-58,9	-74,3	-76,6	-81,7
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-2,8	-3,5	-3,6	-3,8
Schuldenstand ^e		59,5	60,8	63,4	65,1
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		4,2	59,7	44,5	55,3

^aPrognose. – ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. – ^dInlandskonzept. – ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2003a); eigene Schätzungen und Prognosen.

Mit der anhaltenden Stagnation des realen Bruttoinlandsprodukts, der steigenden Arbeitslosigkeit und den zunehmenden Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten und den Sozialversicherungen scheint sich in den vergangenen Monaten auch in der Politik die Überzeugung durchgesetzt zu haben, dass Reformen notwendig sind. Erste Schritte in diese Richtung wurden mit der Umsetzung der (modifizierten) Vorschläge der Hartz-Kommission und der „Agenda 2010“ gemacht. Ein Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung und ein Vorschlag zur Reform der Rentenversicherung liegen vor. Zum Teil sind die Maßnahmen jedoch nicht durchgreifend genug, wie etwa die bisherigen Erfahrungen mit den „Hartz-Reformen“ zeigen. Zum Teil sind sie sogar kontraproduktiv; so werden etwa im Zuge der Einführung des „Arbeitslosengelds II“ die Bezüge für einen Teil der Berechtigten steigen, deren Anreiz zur Arbeitsaufnahme somit sinken. Überdies wirkt die hohe Unsicherheit hinsichtlich dessen, was schließlich von der Politik beschlossen wird, lähmend auf die private wirtschaftliche Aktivität.

Die deutliche Verringerung der Einkommensteuersätze zu Beginn nächsten Jahres könnte positive Anreiz- und damit Wachstumswirkungen freisetzen. Ohne eine umfassende Finanzierung über eine Senkung der Ausgaben des Staates hat allerdings einmal mehr der kurzfristige konjunkturpolitische Aktionismus über die Ausrichtung auf das langfristige Wachstum obsiegt. Die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird weiter verfehlt werden; die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik nimmt nachhaltig Schaden. Der konjunkturelle Impuls der Steuersenkung bleibt dabei relativ gering. Denn wenn sie, wie geplant, im Wesentlichen durch eine höhere Neuverschuldung finanziert wird, lässt sie – nicht zuletzt angesichts der Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und im Hinblick auf die unzureichende Bereitschaft, Ausgaben zu kürzen – höhere Steuern in der Zukunft erwarten; die privaten Haushalte werden unter diesen Bedingungen einen wesentlichen Teil ihres zusätzlichen verfügbaren Einkommens sparen. Eine Finanzierung über den Abbau anreizverzerrender staatlicher Finanzhilfen brächte ähnliche oder höhere kurzfristige, konjunkturelle Anregungen, bei gleichzeitig erheblichen positiven Wirkungen auf das Potentialwachstum. Zwar verbleibt über die positiven Anreizeffekte niedrigerer Einkommensteuern und teilweise durch die übrigen bisher beschlossenen Reformen ein positiver Wachstumsimpuls. Es ist aber fraglich, ob dieser Impuls mehr vermag, als ein weiteres Absinken des Potentialwachstums aufzuhalten.

Literaturverzeichnis

- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, J. Scheide und R. Schmidt (2002). Deutschland: Aufschwung lässt auf sich warten. *Die Weltwirtschaft* (3): 228–254.
- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003). Deutschland: Stagnation hält vorerst an. *Die Weltwirtschaft* (1): 31–56.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2000). Deutsches Stabilitätsprogramm. *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte*. Berlin.
- Borbély, D., und C.-P. Meier (2003). Macroeconomic Interval Forecasting: The Case of Assessing the Risk of Deflation in Germany. Kieler Arbeitspapiere 1153. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999). Aufschwung mit geringer Dynamik. *Die Weltwirtschaft* (4): 421–440.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (2001). Ende des Aufschwungs in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (1): 32–50.
- Boss, A., und J. Scheide (2002). Budgetausgleich in Deutschland im Jahr 2004? *Die Weltwirtschaft* (3): 279–299.
- Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Carstensen, K., K.-J. Gern, C. Kamps und J. Scheide (2003). Euroland: Stagnation wird allmählich überwunden. *Die Weltwirtschaft* (3), in diesem Heft.
- Deutsche Bundesbank (2003a). Deutsche Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet. *Monatsbericht* 55 (6): 69–78.
- Deutsche Bundesbank (2003b). Finanzmärkte in Deutschland. *Monatsbericht* 55 (8): 23–32.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2003a). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 2001. Hauptbericht*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2003b). *Beiheft zur Fachserie 18, Reihe 3: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Saisonbereinigte Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 1970 bis 1991*. Stuttgart.